

Carsten Klingemann

Soziologie und Politik

Carsten Klingemann

# Soziologie und Politik

Sozialwissenschaftliches  
Expertenwissen im Dritten Reich  
und in der frühen westdeutschen  
Nachkriegszeit



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage 2009

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15064-2

# Inhalt

ABKÜRZUNGEN .....	11
EINLEITUNG.....	13
Soziologie im Dritten Reich: Politisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Politik .....	13
Die Institutionalisierung der westdeutschen Nachkriegssoziologie als Prozess der tendenziellen Entkopplung von Wissenschaft und Politik .....	17
Sozialwissenschaftliches Expertenwissen und seine geheimdienstliche Nutzung .....	23
Gegnerforschung: USA und Drittes Reich im Vergleich .....	27
Akademische Institutionalisierung unter den Vorzeichen politischer Abstinenz ...	30
TEIL 1    SOZIOLOGIE IM DRITTEN REICH .....	33
1.1    Soziologen in der Westforschung während des Nationalsozialismus .....	35
1.1.1    Einführung: Interdisziplinäre Westforschung als NS-Großforschungsprojekt .....	35
1.1.2    Soziologische Raumforschung an der Westgrenze .....	37
1.1.3    Gunther Ipsen und das Schicksalsland Lothringen .....	41
1.1.4    Ansätze soziologischer Realanalyse Lothringens .....	44
1.1.5    Max Hildebert Boehms „Lothringerland“ .....	47
1.1.6    Die publizistische Umsetzung des akademischen Diskurses um die Westgrenze durch Ernst Wilhelm Eschmann .....	56
1.1.7    Das soziographische Verfahren Ludwig Neundörfers und die Wiederaufbauplanung in der Westmark als Ansatzpunkt für ein Resümee .....	65

1.2	Ostforschung und Soziologie während des Nationalsozialismus .....	71
1.2.1	Zur Einführung: Methodologische Modernisierung durch politische Funktionalisierung .....	71
1.2.2	Soziologische Ostforschung und der XIV. Internationale Soziologiekongress in Bukarest 1939 .....	73
1.2.3	Exkurs: Soziologische Ostexperten in der militärischen Abwehr .....	82
1.2.4	Die Beteiligung von Soziologen am Projekt Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums .....	85
1.2.5	Assimilationssoziologie im Rahmen der Reinhard-Heydrich-Stiftung .....	92
1.2.6	Soziologische Ostforschung im Kontext der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, der Publikationsstelle Berlin-Dahlem, des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik an der Universität Berlin, des Instituts für Grenz- und Auslandstudien in Berlin-Steglitz und des Reichssicherheitshauptamtes .....	99
1.2.7	Schlussbetrachtung: Ostforschung – Politik – Wissenschaftliche Politikberatung .....	105
1.3	Agrarsoziologie und Agrarpolitik im Dritten Reich .....	109
1.3.1	Agrarsoziologie oder Rassenkunde? .....	109
1.3.2	NS-Agrarpolitik: Blut-und-Boden-Ideologie versus wirtschaftliche Effizienz, Modernisierung und soziale Neuordnung .....	110
1.3.3	Agrarsoziologie am Ende der Weimarer Republik .....	114
1.3.4	Agrarsoziologie im NS-Staat .....	115
1.4	Wissenschaftsanspruch und Weltanschauung: Soziologie an der Universität Jena 1933 bis 1945 .....	123
1.4.1	Jena und die „Figuration Deutsche Soziologie“ .....	123
1.4.2	Das Soziologische Seminar und sein Vorstand Franz Wilhelm Jerusalem .....	125
1.4.3	Franz Wilhelm Jerusalems Gemeinschaftslehre und ihr Verhältnis zur NS-Volksgemeinschaftsideologie sowie zur Rassenfrage .....	128
1.4.4	Max Hildebert Boehm und das Seminar für Volkstheorie und Grenzlandkunde .....	132

---

1.4.5	Max Hildebert Boehms „infernalischer Haß“ auf die nationalsozialistische Weltanschauung und die Reaktionen ihrer Beschützer .....	139
1.4.6	Parteiaufnahme mit Nachspiel: Fritz Sauckel gegen Martin Bormann .....	145
1.4.7	Max Hildebert Boehms wissenschaftliche Aktivitäten aus der Sicht des Sicherheitsdienstes der SS .....	148
1.4.8	Das Verhältnis von Max Hildebert Boehms Volkstheorie zur Soziologie und Volkstumspolitik .....	152
1.4.9	Max Hildebert Boehms Rehabilitation durch den SD-Inland und seine Anerkennung durch die Encyclopaedia of the Social Sciences .....	159
1.4.10	Epilog .....	163
1.5	Konzeption und Praxis sozialwissenschaftlicher Bevölkerungswissenschaft in ihren Beziehungen zu Raumforschung und Geopolitik im Dritten Reich .....	165
1.5.1	Politisch induzierte Kontroversen um Bevölkerungswissenschaft als „Volkskunde“ .....	165
1.5.2	Bevölkerungswissenschaft und Raumforschung gehen getrennte Wege .....	174
1.5.3	Der Kampf der Geopolitik um die Anerkennung als Wissenschaft und die Rolle der Bevölkerungswissenschaft und der Raumforschung .....	179
1.5.4	Raumforschung ohne soziologische Bevölkerungswissenschaft .....	185
1.5.5	Fazit .....	189
1.6	Eine vergleichende Betrachtung der NS-Wissenschaftspolitik gegenüber Altertums- und Sozialwissenschaften .....	192
1.6.1	Altertums- und Sozialwissenschaften „als schon immer ideologisch bedrohte Fächer“ .....	192
1.6.2	1933 und die Folgen .....	194
1.6.3	„Nationalsozialistische Wissenschaft“ .....	198
1.6.4	Wissenschaft oder Weltanschauung? .....	201
1.6.5	Resümee: Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Nationalsozialismus .....	205

1.7	Zur Soziologisierung des medizinischen Menschen- und Gesellschaftsbildes im Nationalsozialismus .....	210
1.7.1	Einführung: Die „biologistische“ Ideologie des Nationalsozialismus und seine „biomedizinische Vision“ .....	210
1.7.2	Rassewert – Erbbiologie – Deutschstämmigkeit – Gesundheit .....	211
1.7.3	„Artverwandtes Blut“ und die Leistungsfähigkeit seiner nicht deutschen Träger .....	218
1.7.4	Was misst der von Eignungsprüfern des RuSHA festgestellte Rassewert eines Menschen? .....	221
1.7.5	Rasse oder Eignung? – Biomedizin oder Sozialdiagnostik? .....	224
1.8	Franz Ronneberger: Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst: Zum Verhältnis von „Intelligence“ und Wissenschaft .....	227
1.8.1	Wissenschaftliches Wissen und geheimdienstliches Wissen (Intelligence) – antagonistisch oder different? .....	227
1.8.2	Franz Ronnebergers wirtschaftliche und politische Berichterstattung und ihre Intelligence-Funktion .....	231
1.8.3	Judenmord und Berichterstattung – das Sonderkommando Dr. Stumpp im Vergleich .....	236
1.8.4	Talcott Parsons Rekrutierung von Ostexperten des Reichssicherheitshauptamtes für das Russian Research Center an der Harvard Universität .....	241
1.8.5	Franz Ronnebergers Korrespondenzstelle Wien, Fritz Valjavecs Südost-Institut München und ihre Intelligence-Verflechtungen .....	244
1.8.6	Geopolitische Argumentation zwischen Analyse und Weltanschauung: Kroatien und Ungarn .....	248
1.8.7	Ronneberger in britischen Internierungslagern und im 2. CIC-Camp Sandbostel .....	251
1.8.8	Fazit: Zur Koexistenz von Sozialwissenschaft und Intelligence: USA – Drittes Reich .....	253

---

TEIL 2	SOZIOLOGIE IN DER FRÜHEN WESTDEUTSCHEN NACHKRIEGSZEIT .....	257
2.1	Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945: Soziologie im Dritten Reich und in Westdeutschland .....	259
2.1.1	Renazifizierung der Nachkriegssoziologie oder fachwissenschaftliches Engagement unter geänderten politischen Vorzeichen? .....	259
2.1.2	Zur Begründung der Nachkriegssoziologie in Westdeutschland .....	262
2.1.3	Sozialwissenschaftliche Tatsachenforschung .....	268
2.1.4	Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit .....	271
2.1.5	Die Rolle ehemaliger „Reichssoziologen“ in institutionellen akademischen Neugründungen während der Besatzungsherrschaft .....	278
2.1.6	Fazit: Die Demokratisierungspolitik der westlichen Besatzungsmächte als Instrument der Reintegration ehemaliger „Reichssoziologen“ .....	284
2.2	Flüchtlingssoziologen als Politikberater in Westdeutschland. Die Erschließung eines Forschungsgebietes durch ehemalige „Reichssoziologen“ .....	287
2.2.1	Zur These von der Kontinuität der Volksgemeinschaftssoziologie nach 1945 und der „Abneigung“ der Nachkriegssoziologie gegenüber dem Flüchtlingsproblem .....	287
2.2.2	Zur Lage der Flüchtlingssoziologie bis Anfang der fünfziger Jahre .....	291
2.2.3	Internationale Einbindungen deutscher Flüchtlingssoziologie .....	294
2.2.4	Max Hildebert Boehm .....	300
2.2.5	Eugen Lemberg .....	304
2.2.6	Ludwig Neundörfer .....	306
2.2.7	Elisabeth Pfeil .....	310
2.2.8	„Neue Ufer“ der Flüchtlingsforschung in den achtziger Jahren? .....	316
2.3	Bevölkerungssoziologie im Nationalsozialismus und in der frühen Bundesrepublik: Zur Rolle Gunther Ipsens .....	321
2.3.1	„Faschistische Bevölkerungssoziologie“ .....	321
2.3.2	Die Wirkung von Gunther Ipsens Artikel „Bevölkerungslehre“ aus dem Jahr 1933 .....	324
2.3.3	Ein neues Paradigma: die historisch-soziologische Theorie des Bevölkerungsprozesses .....	326



2.3.4	Bevölkerungssoziologie an der Sozialforschungsstelle Dortmund .....	330
2.3.5	Keine Ipsen-Schule der Bevölkerungssoziologie .....	332
2.4	Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte – Soziologie – Sozial- geschichte und ihre empirische Wende zum Sozialen unter national- sozialistischen Vorzeichen .....	340
2.4.1	Volksgeschichte zwischen Volkwerdungspathos und Realanalyse .....	340
2.4.2	Innovative Volksgeschichte mit „braunen Wurzeln“ und die Rolle der Soziologie .....	343
2.4.3	Empirische Volksforschung .....	348
2.4.4	Die Gründung des „Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte“ und die Rolle der Soziologie in ihrem Forschungsprogramm .....	352
2.4.5	Volksgeschichte, Sozialgeschichte, Max Weber und die Politik .....	355
2.5	Semantische Umbauten im Kleinen Brockhaus von 1949/50 und im Großen Brockhaus der fünfziger Jahre durch die Soziologen Hans Freyer, Gunther Ipsen und Wilhelm Emil Mühlmann .....	360
2.5.1	Einführung .....	360
2.5.2	Wilhelm Emil Mühlmanns soziologisch-ethnopolitische Artikel im Kleinen Brockhaus .....	363
2.5.3	Hans Freyers semantische Um- und Neubauten für den Kleinen Brockhaus .....	373
2.5.4	Semantische Umbauten im Großen Brockhaus durch Gunther Ipsen .....	374
2.5.5	Einschub: Zur redaktionellen Zusammenarbeit der wissenschaftlichen „Oberbearbeiter“ als „Apostel“ in ihren „Teilkonzilen“ .....	379
2.5.6	Exkurs: Das Handwörterbuch der Politik von Karl Heinz Pfeffer aus dem Jahr 1956 zum Vergleich .....	380
2.5.7	Der „Geist von Sonthofen“ im Großen Brockhaus .....	382
	LITERATUR .....	387
	Namenverzeichnis .....	417
	DRUCKNACHWEIS .....	435

## Abkürzungen

AA	= Auswärtiges Amt
Amt Rosenberg	= Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP (Alfred Rosenberg)
<i>Archiv</i>	= Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik
ASI	= Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V.
AwF	= Auslandswissenschaftliche Fakultät, Universität Berlin
BAB	= Bundesarchiv Berlin
BAK	= Bundesarchiv Koblenz
BA-ZA	= Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten
Bd.	= Band
BDC	= Berlin Document Center (jetzt im BAB)
Bl.	= Blatt/Blätter
CdS	= Chef der Sicherheitspolizei
DGS	= Deutsche Gesellschaft für Soziologie
DKZ	= Deutsche Kongreß-Zentrale
DVL	= Deutsche Volksliste
EFG	= Europäische Forschungsgruppe für Flüchtlingsfragen
EWZ	= Einwandererzentralstelle
GB	= Der Große Brockhaus
GStA	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
H.	= Heft
HWB	= Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums
KB	= Der Kleine Brockhaus
Ms.	= Manuskript
n.	= nach
NLF	= Nachlass Hans Freyer
NLM	= Nachlass Wilhelm Emil Mühlmann
NSDAP	= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSD-Dozentenbund	= Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund
PA AA	= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

---

o.J.	= ohne Jahresangabe
o. S.	= ohne Seitenangabe
PPK	= Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums
RAG	= Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung
REM	= Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung
RF SS	= Reichsführer SS (Heinrich Himmler)
RfR	= Reichsstelle für Raumordnung
RM	= Reichsmark
Rs.	= Rückseite
RSHA	= Reichssicherheitshauptamt
RuSHA	= Rasse- und Siedlungshauptamt
SD	= Sicherheitsdienst der SS
SFSt	= Sozialforschungsstelle Dortmund
s. o.	= siehe oben
SODFG	= Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft
SOEG	= Südosteuropa-Gesellschaft
Sp.	= Spalte
SS	= Schutzstaffel
StAW	= Staatsarchiv Würzburg
ThHStAW	= Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
ThVM	= Thüringisches Volksbildungsministerium
UAB	= Universitätsarchiv Berlin (Humboldt-Universität)
UABO	= Universitätsarchiv Bochum
UAH	= Universitätsarchiv Heidelberg
UAHS	= Universitätsarchiv Halle/Saale
UAJ	= Universitätsarchiv Jena
UAK	= Universitätsarchiv Köln
UAL	= Universitätsarchiv Leipzig
UBB	= Universitätsbibliothek Bonn
VDA	= Verein/Volksbund für das Deutschtum im Ausland
ZfG	= Zeitschrift für Geopolitik

# Einleitung

## *Soziologie im Dritten Reich: Politisierung der Wissenschaft und Verwissenschaftlichung der Politik*

Jüngst hat sich M. Rainer Lepsius zu einem wesentlichen Problem der Soziologiegeschichte geäußert. Generell kritisierte er, dass Soziologiegeschichte vornehmlich Personengeschichte sei, um mit Blick auf die nach wie vor heftig diskutierte Frage nach den Existenzbedingungen von Soziologie im Dritten Reich fortzufahren: „Da die Soziologie in den dreißiger Jahren noch kein einheitliches Professionsverständnis ausgebildet hatte, hilft dafür die Verwendung eines nominellen Begriffs von Soziologie nichts. So kann Rammstedt Kraut und Rüben als ‚soziologische Literatur‘ zusammenstellen und den Personenbestand von Soziologen nach der inhaltlich unbestimmten Selbstbezeichnung ermitteln. Es fehlt also nach wie vor eine ‚Professionsgeschichte‘“ (Lepsius 2008a: 36f).<sup>1</sup> Der Feststellung, es fehle nach wie vor eine Professionsgeschichte, kann nur zugestimmt werden. Dies zeigt sich insbesondere dann, wenn das Verhältnis von Soziologie und Politik thematisiert werden soll. Schon in früheren Arbeiten habe ich deshalb das bereits in der Analyse der Psychologie im Dritten Reich bewährte Modell der Interdependenz von außeruniversitärer Professionalisierung und akademischer Institutionalisierung auf die Entstehung und Anwendung von sozialwissenschaftlichem Expertenwissen in Politikfeldern des NS-Regimes zu adaptieren versucht. Im Fall der Psychologie führte der Bedarf des NS-Staates an diplomierten Psychologen als Eignungsprüfer für Offiziersbewerber zur politisch initiierten Einführung des Diplomstudiengangs Psychologie an den (sich heftig sträubenden) deutschen Universitäten (Geuter 1984).

---

1 Gemeint sind Otthein Rammstedt und sein Buch „Deutsche Soziologie 1933-1945“ (Rammstedt 1986). Die dort kompilierte „Soziologische Literatur im Dritten Reich“ (1941/42) entspringt tatsächlich dem „Auswahlprinzip ‚Kraut-und-Rüben‘“ (Klingemann 1987: 176). Überdies ist Rammstedts Konstrukt einer genuin nationalsozialistischen „Deutschen Soziologie“ schon lange vor seiner Erfindung bereits während des Dritten Reichs von kompetenter Seite in Auseinandersetzung mit der von Rammstedt als prominenter Referenz herangezogenen Kampfschrift von Karl Heinz Pfeffer „Die deutsche Schule der Soziologie“ (Pfeffer 1939b) als gegenstandslos entmystifiziert worden: „Aber von einer deutschen ‚Schule‘ lässt sich wohl kaum reden, eine solche müsste über den allgemeinen Erkenntnisgegenstand hinaus zum mindesten eine einheitliche geistige Ausrichtung, eine gewisse Einheitlichkeit von weltanschaulichen Grundlagen und Werthaltungen aufweisen, von einer einheitlichen Methodik ganz zu schweigen“ (Gerhardt 1939a: 622). Johannes Gerhardt, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität München, schätzte hingegen Max Weber. Für ihn ist er "der große Soziologe, der ein Werk geschaffen hat, das dauern wird, solange Menschen über ihr gesellschaftliches Leben und Schicksal nachsinnen." Nur verehrt Gerhardt ihn nicht nur als Person, sondern attestiert ihm, durch seine "material-soziologischen Untersuchungen aber hat er erst der Soziologie die Dignität einer selbständigen Wissenschaft gegeben" (Gerhardt 1939b: 536).

Im Fall der Soziologie kam es zwar nicht zu ihrer Etablierung als Hochschulfach, dennoch ließ sich dieses wissenschaftssoziologische Modell fruchtbar auf die politischen Rahmenbedingungen der Entwicklung sozialwissenschaftlichen Expertenwissens und dessen Positionierung in Praxisfeldern während des Nationalsozialismus in Analogie übertragen.<sup>2</sup> Diese Sichtweise leitet auch die hier versammelten Beiträge. Sie wird allerdings ergänzt durch das Konzept von Peter Weingart, das die Verwissenschaftlichung der Politik und die Politisierung der Wissenschaft als „rekursive Kopplung“ erfasst (Weingart 2001, 2003).<sup>3</sup> Unter Verweis auf dieses Konzept hat Margit Szöllösi-Janze bei der Behandlung der wissenschaftlichen Politikberatung vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus die immer enger werdende Beziehung von Politik und Wissenschaft betont und für die letzte Phase festgehalten: „Selten ist das sowohl instrumentelle als auch legitimatorische Wechselverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft jedoch deutlicher greifbar als im Nationalsozialismus, als die Politisierung von Wissenschaft und die Verwissenschaftlichung von Politik konvergierten“ (Szöllösi-Janze 2004a: 99f). Diese Aussage gilt generell auch für die im Folgenden vorgestellten wissenschaftlichen Aktivitäten von Soziologen in Politikfeldern des NS-Staates. Um dort ernst genommen zu werden, mussten sie sich als Fachwissenschaftler bewähren. Das wiederum erzwang eine Modernisierung der hergebrachten Orientierung der deutschen Soziologie im Wege ihrer Empirisierung. Damit standen die im NS-Staat verbliebenen Soziologen aber nicht allein, da nationalsozialistische Politiker auf professorale weltanschauliche Besserwisserei überhaupt verzichten konnten: „Das ‚Dritte Reich‘ bedeutete daher auch einen Bruch in der Tradition des deutschen ‚Mandarinentums‘, wie Fritz Ringer es beschrieben hat. An die Stelle des traditionellen Gelehrten, der sich dazu berufen glaubte, die geistigen Maßstäbe der Nation festzulegen, trat der Experte, der über spezialisiertes Wissen verfügte, das auch für die nationalsozialistischen Machthaber von Nutzen sein konnte“ (Grüttner 2000: 567).

Durch ihre Empirisierung wurde die Soziologie auf den Weg in eine moderne Wissensgesellschaft gebracht. Dabei muss betont werden, „dass das Konzept einer historisierten Wissensgesellschaft Modernisierung im Unterschied zu den linearen, fortschrittsoptimistischen und normativen Modernisierungstheorien völlig neutral definiert, nämlich als Extension von individuellen und gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten auf der Basis von wissenschaftlichem Wissen. Es impliziert also keine teleologische Fortschrittsutopie und keine positive Bewertung, und es versteht Verwissenschaftlichung auch nicht ahistorisch als einen automatischen, sich selbst regulierenden Prozess, der strikt vorherbestimmte

2 Diese Vorgehensweise wurde in einer Rezension meines Buches „Soziologie im Dritten Reich“ (Klingemann 1996a) als „a fine model for a new form of disciplinary history“ bezeichnet (Marchand 1997: 733).

3 Mitchell G. Ash hat für dieses Verhältnis eine andere „Redeweise“ gefunden, die strikt „ohne unreflektierte Moralisierungen“ auskommen will, und spricht deshalb davon, dass „Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander“ zu begreifen seien. „Dabei zeigt es sich, dass solche Ressourcenensembles im Prinzip gegenseitig mobilisierbar sind. Das heißt unter anderem, dass Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie Politiker die Wissenschaftler und ihre Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen können“ (Ash 2006: 33). Dabei schließt Ash die NS-Zeit ausdrücklich ein: „So wird deutlich – und das ist mittlerweile Konsens unter Wissenschaftshistorikern –, dass es sehr wohl qualitativ hoch stehende, international anerkannte ‚Normalwissenschaft‘ im Nationalsozialismus gegeben hat, trotz aller normativ begründeter Verbote, dies zur Kenntnis zu nehmen“ (Ash 2006: 34f).

Entwicklungsstadien durchläuft“ (Szöllösi-Janze 2004b: 311f). Dies lässt sich am Beispiel jener Nachwuchssoziologen der NS-Zeit beobachten, die später als hoch angesehene Wegbereiter der modernen Sozialgeschichtsschreibung gewürdigt wurden. Sie sind ursprünglich geleitet von volkstumsideologischen und zum Teil antisemitischen Impulsen, entwickeln daraus aber – wie im Kapitel über die „symbiotische Verschmelzung“ von Geschichte und Soziologie dargelegt wird – sozialempirische Forschungsansätze, die eine Modernisierung der herkömmlichen Historiographie durch deren Soziologisierung einleiten.

Verwissenschaftlichung und Rationalisierung bedeuten insbesondere im Kontext nationalsozialistischer Sozial-, Volkstums- und Expansionspolitik auch Normierung der Individuen im Sinne sozialer Konformität und Leistungsfähigkeit, die als rassische Eignung und erbbiologische Makellosigkeit eingefordert wurden. Die Selbstmobilisierung deutscher Wissenschaftler nach 1933 beruhte – so Lutz Raphael – auf ihrem extremen Nationalismus, der sich mit einer wissenschaftlichen Mission verband: „Die terroristische Dynamik der Humanwissenschaftler liegt meines Erachtens in der Verbindung dieses Bedürfnisses nach verbindlicher Sinnstiftung mit dem Expertenanspruch auf Geltungskompetenz der sozialen Welt“ (Raphael 2001: 40). Und dieser Wille ist sowohl durch sozialtechnokratische Radikalität wie auch durch deren forcierte Verwissenschaftlichung geprägt. Der Erschaffung einer rassistisch und erbbiologisch perfekten Leistungs-Volksgemeinschaft müssen in dieser Logik Opfer gebracht werden: „'Scientification' in the sense of standardization excluding deviations from the norm is a thoroughly ambivalent process. On the one hand, it expands opportunities for societal interaction in all directions. It can also, however, be inhuman, destructive and fatal“ (Szöllösi-Janze 2001: 22).

Das bedeutet aber eben nicht die „Zerstörung der Wissenschaft Soziologie durch den Nationalsozialismus“ (Gerhardt 2007: 9). Wie Lutz Raphael in seiner Darstellung des säkularen Trends der „Verwissenschaftlichung des Sozialen“ festhält, muss – in bewusster Abgrenzung von der Vorstellung einer absoluten und zeitlosen Geltung universeller Wissenschaftlichkeitsideale – „von der grundlegenden Offenheit, ja, Ambivalenz in der gesellschaftlichen Entwicklung und Nutzung wissenschaftlicher Rationalität“ ausgegangen werden (Raphael 1996: 185). Aus dieser Perspektive wird in den Kapiteln des ersten Teils dieses Bandes über Soziologie im Dritten Reich geprüft, welche Rolle insbesondere eine empirisch orientierte Soziologie in verschiedenen Politikfeldern des NS-Regimes gespielt haben könnte. Im diametralen Widerspruch zu der Legende von ‚der‘ Wissenschaftsfeindlichkeit ‚der Nazis‘ ist bei vielen wissenschaftsorganisatorischen Innovationen während des Dritten Reichs deren systematisch-rationale Planung und Implementierung evident. Gleichzeitig findet das wissenschaftssoziologische Modell der Interdependenz von außeruniversitärer Professionalisierung und akademischer Institutionalisierung seine volle Bestätigung. So etwa 1935 bei der parallelen Gründung der staatlichen Reichsstelle für Raumordnung und der universitären Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, die 51 Hochschularbeitsgemeinschaften koordinierte, reichsweit verbindliche Forschungsprogramme umsetzte, deren Ergebnisse nachweislich von politischen Akteuren rezipiert wurden und an denen Soziologen in großer Zahl maßgeblich mitarbeiteten.<sup>4</sup>

---

4 Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Universität Köln zum Beispiel hatte im Jahr 1942 51 Hochschullehrer als Mitglieder. Auch wenn nicht alle selbst aktiv, dafür aber ihre Studenten und Assisten-

Das Konzept der rekursiven Kopplung ist nicht nur hier virulent, sondern definiert auch das Projekt „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“, an dem wiederum Soziologen als Mitarbeiter und Organisatoren führend beteiligt waren, wie in den Kapiteln über die Rolle von Soziologen in der West- und Ostforschung gezeigt wird. Dieselbe Rationalität leitete wissenschaftliche Großprojekte wie die Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften, das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront, den Forschungsdienst/Arbeitsgemeinschaft der Landbauwissenschaften und die Steuerung der angewandten sozialwissenschaftlichen Forschung durch das dem Reichsführer SS Heinrich Himmler unterstehende Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums. Das gilt ebenfalls für die Lenkung der auslandswissenschaftlichen Institute durch das Amt VI/G des Auslandsnachrichtendienstes des Reichssicherheitshauptamtes und die unter der Ägide des Sicherheitsdienstes der SS erfolgte Gründung der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin und des Auslandswissenschaftlichen Instituts. In allen genannten Institutionen waren Soziologen tätig, die nach 1945 im Fach Soziologie eine Rolle spielten.

Es ist deshalb nicht erklärlich, wie Christian Fleck dagegen zu folgender Aussage kommt: „Die ins Auge stechende Unfähigkeit deutscher und österreichischer Sozialwissenschaftler, Forschungsprojekte erfolgreich und in der dafür vorgesehenen Zeit durchzuführen, verweist darauf, dass diese Kulturtechnik des wissenschaftlichen Arbeitens während der Nazi-Periode nicht entwickelt wurde“ (Fleck 2007: 455f). Die tatsächlich innovative Organisation von Forschung in Großprojekten trifft demgegenüber das Urteil von Lutz Raphael: „Die Jahre 1933-1945 waren in gewisser Hinsicht goldene Zeiten für staatlich finanzierte anwendungsorientierte Forschung, die sich in zahlreichen Neugründungen von Forschungsstellen niedergeschlagen hat. Und wenn nicht bereits die skizzierte ideologische Gesamtkonstellation grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Politik herstellte, so gelang dies in der projektbezogenen Feinabstimmung zwischen Auftraggeber und Forscher. Rasch war ein engmaschiges Netz von Kooperationen zwischen Verwaltung und Wissenschaft gesponnen“ (Raphael 2001: 14).

Die „projektbezogene Feinabstimmung“ bedeutete im Fall der Soziologie auch immer, dass zwar rassenideologische und andere weltanschauliche Vorstellungen ins Spiel gebracht wurden, es sich jedoch schnell herausstellte, dass aussagekräftiges Datenmaterial und dessen fachwissenschaftliche Analyse Vorrang hatten. Selbstverständlich gab es auch NS-Institutionen, deren rassendogmatischer Standpunkt jedwede soziologische Expertise ausschloss. Dazu gehörte das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. In einem ansonsten lesenswerten Aufsatz über Wissenschaftspolitik im Dritten Reich wird leider immer noch kolportiert: „Nicht zufällig war es das Rasse- und Siedlungshauptamt mit den Bereichen Siedlungswesen, Rassewesen und Schulung, das zum Angelpunkt vieler soziologischer Institute avancierte“ (Fischer 2000: 186). Es handelt sich hierbei um ein Zitat aus dem bereits erwähnten Buch von Otthein Rammstedt, der es allerdings unterlässt, auch nur eines der vielen soziologischen Institute beim Namen zu nennen. Das ist auch nicht möglich, weil es keines gibt. Auch in dem knapp 700seitigen Standardwerk über das Rasse- und Sied-

---

ten mitgearbeitet haben, wird von beachtlichen Projekten angewandter Forschung und direkten Kontakten zu politisch-administrativen Institutionen berichtet. „In der Forschung für die Praxis standen zunächst wirtschaftliche und soziologische Arbeiten im Vordergrund“ (Haupts 2004: 178).

lungshauptamt von Isabel Heinemann findet sich kein Hinweis auf ein solches Institut, geschweige denn auf die vielen (vgl. Heinemann 2003). Diese völlig haltlose Behauptung stellt Rammstedt auf, um zu demonstrieren, „wie stark die Deutsche Soziologie bereits institutionalisiert war.“ Aber nicht nur das: „Darum wusste man im NS-Regime“ (Rammstedt 1986: 159). Dazu kann man nur mit Lepsius sagen: „Die so genannte ‚deutsche Soziologie‘ hatte keinen soziologischen Gehalt“ (Lepsius 2008a: 40).<sup>5</sup>

### *Die Institutionalisierung der westdeutschen Nachkriegssoziologie als Prozess der tendenziellen Entkopplung von Wissenschaft und Politik*

#### *a.) Ehemalige „Reichssoziologen“ und die Karriere von „Nachwuchssoziologen“*

Dass es aber vor 1945 Soziologie/Sozialwissenschaften gegeben hat, wird allein schon ersichtlich, indem Lepsius – stellvertretend für die junge Generation der Nachkriegssoziologen –, der ursprünglich Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften studierte, zahlreiche Personen aus seinen Studien- und Berufsjahren als Lehrer, Vorgesetzte und Kooperationspartner erwähnt, die als Vertreter der Soziologie sowie der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften während des Dritten Reichs tätig waren: Eduard Baumgarten, Werner Conze, Walter Eucken, Erich Preiser, Erich Schneider, Max Graf zu Solms, Gerhard Weisser, Leopold von Wiese und Otto von Zwiedineck-Südenhorst. Bei Alfred Müller-Armack las er unter dessen Anleitung „zum ersten Mal“ Max Weber. „Müller-Armack hatte in seiner ‚Genealogie der Wirtschaftsstile‘ (1941), an Weber anknüpfend, die Bedeutung von Weltanschauungen für die Entwicklung der Wirtschaftsordnungen herausgearbeitet“ (Lepsius 2008a: 90).<sup>6</sup> Von Friedrich Lütge, der zum Beispiel 1943 vom Reichsforschungsrat das Forschungsprojekt „Rassische, volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung des Eigenbesitzes für Arbeiter und Handwerker“ finanziert bekam, und Mitglied des Agrarhistorischen Arbeitskreises des Forschungsdienstes (Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft)<sup>7</sup> sowie zweier Arbeitsgemeinschaften der vom Generalgouverneur Hans Frank gegründeten Akademie für Deutsches Recht<sup>8</sup> war, erhielt Lepsius seine erste Assistentenstelle. „Neben der Assistententätigkeit beauftragte mich Friedrich Lütge, als Vorstandsmitglied

---

5 So gesehen kann Lepsius zu Recht seine Position abgrenzen: „Soziologie war für mich ein Erkenntnisprogramm zur Überwindung dieses ‚deutschen Geistes‘“ (Lepsius 2000: 14). Die tatsächlich praktizierte anwendungsbezogene Soziologie in der NS-Zeit realisierte allerdings bereits das Programm, das nach Lepsius erst in der Nachkriegszeit entworfen wurde: „die Öffnung des Eigenwerts empirischer Untersuchung von Sachverhalten, die Abgrenzung von sozialen Strukturen gegenüber ‚völkischen‘, ‚naturwüchsigen Ordnungen‘, die Analyse von funktionalen Wirkungen statt einer Wesensbestimmung“ (Lepsius 2000: 14). Deswegen ist es auch nicht sinnvoll von „völkischen Wissenschaften“ zu sprechen, da das ‚völkische Denken‘ keine rationale Analyse etwa der Sozialstruktur der mystifizierten Wesenheit ‚Volk‘ zugelassen hat. Vgl. dagegen die Idee der ‚völkischen Wissenschaften‘ bei Haar/Fahlbusch (2008).

6 Zur Weber-Rezeption im Dritten Reich vgl. das Kapitel „Max Weber in der Reichssoziologie 1933-1945“ in Klingemann (1996a).

7 Vgl. Dokumente Friedrich Lütge; ehemaliges Berlin Document Center (BDC), jetzt im Bundesarchiv Berlin (BAB).

8 R 61/100, Bl. 44, 55; BAB.



eines außeruniversitären Instituts für Sozialpolitik und Arbeitsrecht, eine Studie über die soziale Stellung des Meisters im Industriebetrieb durchzuführen. So führte mich ein Zufall zur Industrie- und Betriebssoziologie“ (Lepsius 2008b: 93).<sup>9</sup>

Der Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität München und Senatsmitglied der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Horst Jecht, der während des Nationalsozialismus Direktor des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg<sup>10</sup> gewesen war, hatte es Ende der fünfziger Jahre im Auftrag der DFG übernommen, eine Denkschrift über die Lage der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften auf den Weg zu bringen. Dabei kam der Name Lepsius „ins Spiel, und auch mir wurde deutlich gemacht, dass ich die Arbeit an meiner Habilitationsschrift zu unterbrechen und der Bitte des Dekans nachzukommen hatte“ (Lepsius 2008a: 130). Daraus entstand die bekannte „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“ (Lepsius 1961).

Jecht hatte sich schon vor 1945 um die Soziologie gekümmert. So stimmte er als DGS-Mitglied 1934 für Hans Freyer (und gegen Werner Sombart) als neuen Präsidenten der DGS.<sup>11</sup> Zehn Jahre später war er Mitglied in einer illustren Runde im Gästehaus des Sicherheitsdienstes der SS (SD) am Wannsee (Ort der Wannsee-Konferenz), zu der der später als Kriegsverbrecher hingerichtete Leiter des SD-Inland und Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Otto Ohlendorf Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter von Ministerien und obersten Reichsbehörden Anfang Dezember 1944 eingeladen hatte. Auf dieser „Arbeitsbesprechung des Reichswirtschaftsministeriums über soziologische Fragen und Aufgaben“ hielten die Soziologen Max Hildebert Boehm<sup>12</sup> das Hauptreferat („Lage und Aufgaben der Soziologie“) und Franz Ronneberger<sup>13</sup> das Korreferat. In der Diskussion plädierte wiederum Jecht für eine Stärkung der Soziologie: „Für mich gibt es keine Wirtschaftswissenschaft, die nicht Soziologie ist, wobei ich durchaus anerkenne, dass es

9 Vgl. den Artikel über Friedrich Lütge im Internationalen Soziologenlexikon (Johannesson 1980: 258). Schon anlässlich seiner Probevorlesung an der Universität Berlin im Jahr 1937 wurde Lütges soziologische Denkweise durchaus positiv bewertet. „Herr Dr. Lütge hatte seinen Vortrag sehr sorgfältig ausgearbeitet. Er betraf die Bedeutung der Unfreiheit für die Entwicklung des deutschen Bauerntums. Dabei begann er mit den ältesten Zeiten. Er hat dabei – entgegen der üblichen juristischen Betrachtung – die Unfreiheit so ausgedehnt behandelt, dass er auch die Hörigkeit darunter begriff, so dass er das Thema wirtschaftlich-soziologisch fasste.“ Der Rektor der Friedrich-Wilhelm-Universität an den Herrn Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 3. Juli 1937 (Abschrift); Universitätsarchiv Jena (UAJ), Bestand K, Nr. 395, Bl. 180. Etwa 1936/37 gibt Lütge als „besonderes Forschungsgebiet“ an: „Geschichte der sozialen und wirtschaftlichen Ideen“; UAJ, D 920 (Personalakte Friedrich Lütge).

10 Vgl. das Kapitel „Das ‚Institut für Sozial- und Staatswissenschaften‘ an der Universität Heidelberg zum Ende der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus“ in Klingemann (1996a).

11 Vgl. die Kapitel „Soziologen vor dem Nationalsozialismus: Szenen aus der misslungenen Selbstgleichschaltung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie“ und „Entnazifizierung und Soziologiegeschichte: Das Ende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und das Jenaer Soziologentreffen (1934) im Spruchkammerverfahren (1949)“ in Klingemann (1996a).

12 Vgl. zu Boehms Rolle als ethnosozilogischer Politikberater das Kapitel „Wissenschaftsanspruch und Weltanschauung: Soziologie an der Universität Jena 1933-1945“ in diesem Band.

13 Vgl. zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichem Wissen und nachrichtendienstlichem Wissen („Intelligence“) das Kapitel „Franz Ronneberger: Sozialwissenschaft – Publizistik – Nachrichtendienst. Zum Verhältnis von ‚Intelligence‘ und Wissenschaft“ in diesem Band.

daneben noch eine spezifische Soziologie der Volkslehre geben kann und sollte.“ Hiermit erwies er einmal dem studierten Wirtschaftswissenschaftler Ohlendorf, der selbst für eine stärkere Einbeziehung der Soziologie plädiert hatte, seine Reverenz wie auch Boehm, der weiterhin seiner Idee der Kombination von Soziologie und Volkslehre anhing. Jecht stellte aber umgehend nochmals klar: „Die Wirtschaftswissenschaft sollte auf jeden Fall immer soziologisch betrieben werden.“<sup>14</sup>

Jecht fungierte noch bis Ende 1945 als Direktor des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften unter der ‚Oberaufsicht‘ von Alfred Weber. Schon 1949 wurde er wieder als ordentlicher Professor eingestellt – und zwar an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven, die als ein Instrument zur Reform des verkrusteten deutschen Hochschulsystems und der Demokratisierung der Gesellschaft initiiert worden war. Wie man an dem Bericht von Lepsius ersehen kann, errang Jecht nicht nur wissenschaftliche Anerkennung, sondern darüber hinaus auch einflussreiche wissenschaftsorganisatorische und -politische Positionen.

b.) *Zur Kooperation ehemaliger „Reichssoziologen“ mit den westlichen Besatzungsmächten*

Dies gilt auch, wie im Kapitel „Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945“ dargelegt wird, für viele der ehemaligen „Reichssoziologen“.<sup>15</sup> Das bringt Uta Gerhardt treffend auf den Punkt: „Hinsichtlich der Personalsituation der Soziologie waren die fünfziger Jahre eine Fortsetzung dessen, was sich bereits gegen Ende der vierziger Jahre abzeichnete. Einer eher geringen Zahl ehemaliger Emigranten stand eine beträchtliche Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten gegenüber“ (Gerhardt 2006: 105). Diese Aussage trifft aber nicht nur für die Personalsituation zu, sondern verweist vielmehr auf die zentrale Rolle, die letztere in der Nachkriegssoziologie schlechthin gespielt haben. Das wird in der Fortsetzung des Zitats von Gerhardt ungewollt, aber prägnant formuliert: „Die letztere Gruppe hatte sich – in der Zeit bis 1949 – gegenüber den Militärregierungen als Soziologen ausgeben können, und sie waren den Berufskommissionen und der Kultusbürokratie als für die Soziologie geeignet erschienen“ (Gerhardt 2006: 105). Selbst wenn sich vermeintlich unbedarfte Militärregierungen, Berufungskommissionen und Kultusbürokratien über die wahre wissenschaftliche Qualifikation haben tatsächlich täuschen lassen, ist es doch beachtlich, wer in dieser frühen Nachkriegsphase von den westlichen Besatzungsmächten als besonders geeignet für die Umsetzung ihrer gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Reformstrategien angesehen wurde, wobei nur einige jener Fachvertreter erwähnt werden, die im Dritten Reich auch außeruniversitär tätig gewesen waren.

In der amerikanischen Zone war es an der Frankfurter Universität der Soziologe Heinz Saueremann, der für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und die Reichsstelle

---

14 Protokoll eines Redebeitrags von Jecht, S. 10 eines maschinenschriftlichen Manuskripts; R 7/2024; BAB. Der Bestand selbst ist nicht paginiert.

15 Die Regeln für eine (nur selten versagte) Fortsetzung der Karriere als Hochschullehrer werden von mir beschrieben in „Akademische Vergangenheitspolitik als Selektionsprozess“ (Klingemann 2008a).

für Raumordnung gearbeitet hatte und nun als Dekan sich erfolgreich um die Rückkehr des Instituts für Sozialforschung aus dem Exil bemühte. Ludwig Neundörfers Soziographisches Institut in Frankfurt am Main, das unter anderem für Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Planungsforschung betrieben hatte, arbeitete bereits vor der deutschen Kapitulation für die amerikanische Militärregierung. An der Freien Universität Berlin vertrat in den ersten Nachkriegsjahren Friedrich Bülow, ehemaliger wissenschaftlicher Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, allein die Soziologie. In der britischen Zone war es schon gleich nach Kriegsende der ehemalige Professor an der Reichsuniversität Straßburg Gerhard Mackenroth, vor 1945 auch stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Außenwirtschaft der Akademie für Deutsches Recht, der an der Universität Kiel das Fach Soziologie lehrte. An der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven wurden zu Professoren ernannt: Hans Raupach (Ostexperte im militärischen Geheimdienst der Wehrmacht), Max Ernst Graf zu Solms-Roedelheim (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Forschungsstelle des Reichsbauernführers) und, wie bereits erwähnt, Horst Jecht. An der Kölner Universität setzte Leopold von Wiese, der ein Jahr lang in Paris für die „Archivkommission“ des Auswärtigen Amtes erbeutete Akten des französischen Außenministeriums ausgewertet hatte, seine Lehrtätigkeit ohne Unterbrechung fort. Die ehemalige Gelsenkirchener Forschungsstelle für das Volkstum im Ruhrgebiet von Wilhelm Brepohl, die für das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront tätig gewesen war, wurde zu einem Grundstein der Sozialforschungsstelle Dortmund.<sup>16</sup> In der französischen Zone bekam Arnold Gehlen, früher Philosophie-Professor in Wien, der an der Psychologischen Prüfstelle des Heeres in Prag tätig gewesen war, den Lehrstuhl für Soziologie an der neu gegründeten Verwaltungshochschule in Speyer.

Die Integration dieser und anderer ehemaliger „Reichssoziologen“ durch die drei westlichen Besatzungsmächte hat die Etablierung der Soziologie vorangebracht. Die Basis dafür bildete die fachwissenschaftliche Qualifikation der Daheimgebliebenen. Am Beispiel der „Patronage of German Sociology, 1946-1945“ der Rockefeller Foundation ist dieser Sachverhalt von David J. Staley prägnant herausgearbeitet worden. Der mit einem Stipendium der Stiftung 1949 an die Sozialforschungsstelle in Dortmund entsandte Conrad M. Arensberg, Soziologieprofessor an der Columbia Universität, entdeckte schnell, „that transferring American methods did little good if these methods lacked legitimacy and purpose in a German context“ (Staley 1995: 262). Basierend auf der Auswertung der Korrespondenz, die Arensberg mit der Stiftung führte, zieht Staley den Schluss: „Arensberg’s task was to legitimate American methods, but this could only be accomplished by fitting them within an already established context of German social research“ (Staley 1995: 263). Und trotz der Anerkennung von Erfolgen der Stiftung, „to foster American-style social science research in Germany“, und beim Aufbau der Soziologie in Westdeutschland muss schließlich die begrenzte Reichweite der gesellschaftlichen Demokratisierungsmission der Soziologie

---

16 Später waren an der Sozialforschungsstelle weitere Fachvertreter, die vor 1945 auch außeruniversitär aktiv gewesen waren, wie Hans Linde, der für das Stabsamt des Reichsbauernführers gearbeitet hatte, und Karl Heinz Pfeffer, Präsident des Auslandswissenschaftlichen Instituts in Berlin, das sehr eng mit dem Sicherheitsdienst der SS kooperiert hatte.

durch deren Amerikanisierung konstatiert werden: „More significantly, the quest to ‚democratise‘ German culture through sociology fell short of expectations. The Rockefeller Foundation could neither ‚democratise‘ nor ‚Americanise‘ German social science“ (Staley 1995: 264).<sup>17</sup>

Diese Aussage trifft zweifellos auch auf die Meinungsbefragungen der amerikanischen Militärbehörden unter der deutschen Bevölkerung und die von einem ihrer Mitarbeiter, Nels Anderson, initiierte Darmstadt-Studie zu (vgl. dagegen Gerhardt 2007). Das Beispiel der von der Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main betreuten Darmstadt-Studie (1949-1952) zeigt exemplarisch, wie die Nutzung von vor 1945 erworbenem Fachwissen und die Werbung für Demokratie erfolgreich Hand in Hand gehen konnten. Nachdem anfänglich Hans Schachtschabel, der während des Dritten Reichs promovierte, habilitierte und als Universitätsdozent gearbeitet hatte, als Leiter zurückgetreten war, übernahmen Theodor W. Adorno und Max Rolfes die wissenschaftliche Betreuung der Mitarbeiter.

Rolfes, Leiter des Instituts für landwirtschaftliche Betriebslehre der Justus-Liebig-Hochschule in Gießen, war prädestiniert, insbesondere die drei (der insgesamt neun) Projekte zu betreuen, die sich mit der Stadt-Land-Problematik beschäftigten. Nach der deutschen Besetzung Elsaß-Lothringens hatte er ein Gutachten für das „Wiederaufbauamt“ über die „landwirtschaftlichen Siedlungsfragen in Lothringen“ erstellt (auszugsweise: Rolfes 1941) und ein weiteres mit vom Reichsführer SS beantragten Mitteln für das Elsaß (vgl. Mai 2002: 203), was sich in der Publikation „Gegenwärtige Form und zukünftige Ordnung der elsässischen Landwirtschaft“ niederschlug (Rolfes 1942). Seit 1941 war Rolfes für das von Heinrich Himmler geleitete Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums mit der Siedlungsplanung für Elsaß und Lothringen betraut (vgl. Mai 2002: 339). Er war überdies „Mitautor“ des „Generalsiedlungsplans“, der die Arbeiten zum berüchtigten Generalplan Ost fortführte (Roth 1993: 225)<sup>18</sup>. Rolfes hatte seine Vorschläge zu einer Agrarreform im annektierten Elsaß-Lothringen auf eine konsequente Modernisierung der Landwirtschaft ausgerichtet: „Es ist vielleicht zweckmäßig, dieses gewaltige Aufgabengebiet zu gliedern in Aufgaben der Leistungssteigerung einerseits und solche der Neuordnung der Betriebsgrößen- und Besitzverhältnisse andererseits“ (Rolfes 1942: 128). Es handelt sich in seinen Worten „um einen grundlegenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Neuaufbau des Landvolks“, der allerdings noch einen speziellen Zweck erfüllen und deswegen „mit besonderer Ausrichtung auf die Erfordernisse, die sich aus der Gewinnung des erweiterten Ostraumes ergeben“, erfolgen sollte (Rolfes 1942: 127). Damit ist gemeint, dass aus dem „Elsaß als Realteilungsgebiet“ jene überzähligen Bauern („Siedlerreserve“) abge-

---

17 Die Möglichkeiten der westlichen Besatzungsmächte werden dennoch nach wie vor überschätzt. „Praktisch an jede deutsche Universität kehrten zumindest einige emigrierte Sozialwissenschaftler zurück und entfalten an ihren neuen Wirkungsstätten, oft materiell und ideell unterstützt von der britischen oder der US-Besatzungsmacht, eine bemerkenswerte Reorientierung der deutschen Sozialwissenschaften.“ (Fleck 2007: 462f) Das trifft zumindest nicht auf die Soziologie zu. Denn wie Lepsius festgehalten hat, war im Sommersemester 1960 die Soziologie überhaupt nur an 18 von 29 Hochschulen vertreten (vgl. Lepsius 2008b: 131). Und dort findet man nicht nur die „beträchtliche Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten“ (U. Gerhardt): Für die Heidelberger Soziologie – und das ist nur ein Beispiel – stellt Fleck selbst fest, sie wurde nach dem Tod von Alfred Weber (1958) „ganz von Wilhelm Emil Mühlmann geformt“ (Fleck 2007: 466).

18 Zur Entwicklung vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan vgl. Madajczyk (1993).

zogen werden sollten, die für die Besetzung der mit äußerster Brutalität freigemachten Bauernstellen im „erweiterten Ostraum“ dringend benötigt wurden.

Rolfes Orientierung an einer durchgreifenden Modernisierung der Landwirtschaft im Dienste des nationalsozialistischen Lebensraumkonzepts qualifizierte ihn, die im Rahmen der Darmstadt-Studie von Herbert Kötter durchgeführte Untersuchung zur Stadt-Land-Problematik (Kötter 1952) adäquat zu betreuen. So heißt es in der von Rolfes und Adorno gemeinsam gezeichneten Einführung: „Das oft betonte Moment des ‚Traditionalismus‘ der deutschen Landwirtschaft führt methodologisch notwendig auf Soziologie. Soweit die deutsche Landwirtschaft von Motiven bestimmt wird, die, gemessen an Marktmechanismen, irrational erscheinen, reicht eine Analyse, die sich auf die im engeren Sinne ökonomischen Begriffe beschränkt, nicht aus“ (Rolfes/Adorno 1952: V). Blut-und-Boden-Irrationalismen in der Agrarpolitik hatte Rolfes in seiner agrarsoziologischen Expertise für die NS-Expansionsplanungen bereits 1941/42 mit seinen Forderungen nach „Leistungssteigerung“, „Rationalisierung“ und „Neuordnung der Betriebsgrößen- und Besitzverhältnis“ eine klare Absage erteilt. Damit entsprach er der Position der nationalsozialistischen Agrarpolitiker, die die Modernisierung der Landwirtschaft vorantrieben – zum Beispiel gegenüber Nebenerwerbslandwirten, die während des Hitlerregimes „als unerwünschte Zwittergebilde veräußert“ wurden, wie Uta Gerhardt und Alexia Arnold entrüstet bemerken (Gerhardt/Arnold 2006: 212). Der Völkische Beobachter hingegen präsentierte stolz schon 1939 die ersten Erfolge der modernen Siedlungspolitik, in der kein Platz mehr für Schollenromantik war: „Wir sind aus dem Stadium der Arbeiterwohnstätten, der Stadtrandsiedlungen, der landwirtschaftlichen Kleinsiedlungen zur umfassenden industriellen Erschließung mit dem daraus folgenden Bedarf an industriellen Großsiedlungen gekommen“ (zit. n. Schoenbaum 1980: 222)<sup>19</sup>. Rolfes war also der richtige Betreuer für Kötter, um diesen „jeglicher Bodenromantik absagen“ zu lassen (Rolfes/Adorno 1952: VI).

Rolfes, NSDAP-Mitglied seit 1937 und Heinrich Himmlers Politikberater, wurde durch die Zusammenarbeit mit Adorno immunisiert und als Wissenschaftler bestätigt. Auch die Mitarbeiterinnen Irma Kuhr, vor 1945 „Volkspflegerin“ und Geschäftsführerin des Instituts für Volksgesundheit in Marburg, sowie Anneliese Mausolff, die beide durch Spruchkammerbescheid („Weihnachtsamnestie“ beziehungsweise „Jugendamnestie“) entnazifiziert worden waren (Gerhardt 2007: 214), dürften durch ihre Beteiligung an diesem Projekt, das die amerikanische Militärregierung in der Person von Nels Anderson ermöglicht hatte, eine positive Einstellung gegenüber der ehemaligen Siegermacht gewonnen haben. Ob dies im Sinne der von Uta Gerhardt postulierten Strategie der Demokratisierung der Gesellschaft durch die Amerikanisierung der Soziologie wahrgenommen wurde, ist mir unbekannt. Von den Autorinnen und Autoren der neun Monographien der Darmstadt-Studie waren allerdings nur Herbert Kötter und Gerhard Baumert später als Soziologen tätig.<sup>20</sup>

19 Auch die empirische Agrarsoziologie war alles andere als Blut-und-Boden-Mystik, wie im Kapitel über das Verhältnis von Agrarsoziologie und Agrarpolitik im Dritten Reich in diesem Band dargelegt wird.

20 Eigentlich müsste als zehnte Monographie die Dissertation des Schweden Martin Samuel Allwood über „Die Freizeitgestaltung der arbeitenden Bevölkerung in Darmstadt“ gezählt werden. Sie wurde aber von Max Muß und Eugen Kogon an der TH Darmstadt 1953 angenommen, nachdem Adorno Allwoods Ausschluss veranlasst hatte, da dieser gegen ihn intrigiert habe. Allwood, der auch schon zuvor an amerikanischen Universitäten als Lecturer und Assistant Professor gearbeitet hatte, erhielt 1951 laut Lebenslauf in

Im Fall des auch nur kurzlebigen UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften in Köln, in dem Arensberg und Anderson wiederum als Direktoren fungierten, war es Renate Pflaum (später: Mayntz).<sup>21</sup> Sie hat zusammen mit Gerhard Wurzbacher, dem „Leiter der Studie“ (Wurzbacher/Pflaum 1954: 1), der mit der Dissertation „Die Entwicklung der Sozialstruktur des Kreises Flatow von 1773 bis 1937 und die Auswirkungen auf die völkische Zusammensetzung der Bevölkerung“ 1939 an der Universität Berlin promoviert worden war und als Geschichtslehrer an Adolf-Hitler-Schulen unterrichtet hatte, als erstes Ergebnis der Arbeit des Instituts die Monographie „Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung“ (Wurzbacher/Pflaum 1954) publiziert.<sup>22</sup>

### *Sozialwissenschaftliches Expertenwissen und seine geheimdienstliche Nutzung*

Es kann zusammenfassend festgehalten werden, dass gerade die als Reform des traditionellen deutschen Universitätssystems konzipierte Hochschulpolitik der westlichen Besatzungsmächte es auch mehr oder minder belasteten Sozialwissenschaftlern ermöglichte, ihre Karriere in Westdeutschland fortzusetzen oder aber neu aufzunehmen. Dieser Prozess wurde auch nicht durch die Entnazifizierungsmaßnahmen der westlichen Alliierten beeinträchtigt, insbesondere nicht durch den US-Militärgeheimdienst, Counter Intelligence Corps (CIC), das laut Uta Gerhardt die „Kärnerarbeit der politischen Säuberung leistete“, und dessen „Datenmaterial“ es erstaunlicherweise tatsächlich ermöglicht haben soll, „die Nationalsozialisten an den Universitäten grundsätzlich auszuschalten“ (Gerhardt 2007: 108, 109)<sup>23</sup>. Dass es dazu nicht kam, ist allgemein bekannt. Allerdings trug das CIC selbst dazu

---

seiner Dissertation „von der HICOG (Office of the U.S. High Commissioner for Germany, C.K.), Frankfurt/Main, den Auftrag, als Europäischer Experte bei der Gemeindeuntersuchung in Darmstadt zu arbeiten“ (Allwood 1953).

- 21 Als Assistent war außerdem Erwin K. Scheuch dort beschäftigt; vgl. das Kapitel „Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945“ in diesem Band.
- 22 Zum UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften vgl. den Aufsatz von Alexia Arnold (2007), in dem die zentrale wissenschaftliche Rolle von Wurzbacher allerdings contrafaktisch nicht erwähnt wird. Er hatte zuvor vier Jahre als Assistent von Helmut Schelsky an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg ein großes empirisches Forschungsprojekt geleitet, das wiederum Nels Anderson ermöglichte: „So finanzierte er über den DGB mit amerikanischem Geld ein weitaus umfangreicheres empirisches Forschungsprojekt über Jugendarbeitslosigkeit als die ‚Darmstadtstudie‘ (Schelsky 1980: 447). Der spätere Forschungsleiter Erich Reigrotzki wird überhaupt nicht erwähnt. Er hatte schon vor 1945 bei Carl Brinkmann studiert, während Max Graf zu Solms an seinem Promotionsverfahren beteiligt war; vgl. das Kapitel „Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945“ in diesem Band.
- 23 Ungewöhnlich ist auch ihre Sicht der Tätigkeit des CIC-Agenten Daniel F. Penham an der Universität Heidelberg, wo er „gewissenhaft die schwierige Aufgabe gerechter Beurteilung der nationalsozialistischen Belastung Heidelberger Professoren im Rahmen der Entnazifizierung übernahm“ (Gerhardt 2007: 109). Zu Penhams fragwürdiger, als „krankhaft“ bezeichneter Vorgehensweise titelte hingegen die New York Herald Tribune: „Agent des US-CIC macht Furore in Heidelberg. Die amerikanische Militärregierung interveniert, um dessen Störaktionen beim Wiederaufbau der alten Universität zu bremsen“ (zit n. de Rosa 1986: 413f). Und: „Nach einer Weile wurde Penham, auf Befehl General Clays, nach New York entlassen“ (de Rosa 1986: 414). Vgl. auch die Kapitel „The Limits of Denazification“ und „Whitewashing the Ivory Tower“ in Steven P. Remy: *The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University*

bei. Es half nicht nur bei der Rekrutierung deutscher Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker zu Hunderten für ihre Beschäftigung in den USA, sondern war selbst an sozialwissenschaftlich qualifizierten Ost- und Südosteuropa-Experten mit geheimdienstlicher Erfahrung interessiert.<sup>24</sup>

So hatte Theodor Oberländer, 1933 Leiter des Instituts für osteuropäische Wirtschaft an der Universität Königsberg, für den Bund deutscher Osten und den Verein für das Deutschtum im Ausland einen „Nachrichtendienst für die Belange der Volksdeutschen in Osteuropa“ aufgebaut, wobei er „geheimdienstliche, wissenschaftliche und politische Erkenntnisse in einzigartiger Weise bündelte.“ Nach einer Intrige des Gauleiters Erich Koch und der Gestapo, die ihn 1937 seine Ämter in den genannten Vereinen und seine Königsberger Professur kostete, fand er „Zuflucht beim Chef der deutschen Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, der dem Osteuropakenner 1938 einen Lehrstuhl in Greifswald verschaffte und ihn in den Dienst der Abwehr nahm“ (Wachs 2008: 449). Oberländer, inzwischen Professor für Staatswissenschaften in Prag, der bekanntlich die berüchtigten deutsch-ukrainischen und deutsch-kaukasischen Sonderverbände aufgestellt hatte und Verbindungsoffizier im Stab der Wlassow-Armee war, geriet schließlich in amerikanische Gefangenschaft. Danach erstellte er „im Dienste des amerikanischen CIA-Vorläufers Counter Intelligence Corps Analysen über die Ukraine und Osteuropa mit seinen antistalinistischen Kräften.“ Das sollte sich für ihn lohnen: „Seine Entnazifizierung war deshalb nur eine Formsache“ (Wachs 2008: 450).

Es blieb aber nicht dabei, das sozialwissenschaftliche Expertenwissen einzelner deutscher Ostexperten abzuschöpfen. Um antikommunistische und antisowjetische Einstellungen innerhalb des Vielvölkerstaates Sowjetunion ausnutzen zu können, wurde 1948 am Russian Research Center der Harvard-Universität das „Refugee Interview Project“ gestartet, das auf der Basis von Befragungen von Emigranten aus der Sowjetunion über die dortigen Lebensverhältnisse „ein Modell des sowjetischen Sozialsystems“ entwickeln sollte. „Damit nutzte das Projekt sozialwissenschaftliche Methoden für die Gegnerforschung. Die Idee, Interviews mit Emigranten durchzuführen, ging auf eine am Survey Research Center der University of Michigan konzipierte Studie zurück, welche die US Air Force mit großem Interesse verfolgt hatte. Nach deren Abschluss legte sie dem Russian Research Center im Oktober 1948 nahe, ähnliche Studien zu entwickeln. Daraufhin begannen die Mitarbeiter

---

(2002). Vollkommen verschwiegen wird von Uta Gerhardt, dass es der CIC war, der den amerikanischen Beutezug – „Project Paperclip“ – unter deutschen Wissenschaftlern mitorganisierte. „Die nachrichtendienstlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Denial (Verweigerung des Wohnsitzwechsels, C.K.) wurden vom Counter Intelligence Corps wahrgenommen. Dem CIC oblag es auch, den genauen Aufenthaltsort der Fachleute ausfindig zu machen, die auf die Listen bedeutender Spezialisten gesetzt wurden.“ Außerdem bemühte sich das CIC zu verhindern, dass deutsche Wissenschaftler abgeworben würden. „Das CIC forderte also bereits im Dezember 1946 eine Art Marshallplan für die Spezialisten in der Denial Kategorie. Um sie zum Verbleib in den U.S. Zonen in Deutschland und Österreich zu bewegen, sollten sie als Berater der Militärregierung angestellt werden. Das Honorar aus diesen Beraterverträgen sollte die Wissenschaftler an die USA binden.“ Mit der Folge: „In diesem Sinne war das Beraterprogramm praktisch eine Unterstützung des Wiederaufbaus der wissenschaftlichen Landschaft in Deutschland“ (Herrmann 1999: 371, 375, 377).

24 Das CIC schreckte bekanntlich noch nicht einmal davor zurück, Klaus Barbie, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lyon („Schlächter von Lyon“), zum Zweck des Aufbaus eines Spionagenetzes vor Verfolgung und Bestrafung zu schützen.

des Zentrums unter der Leitung des Soziologen Alex Inkeles 1948/49, ein entsprechendes Forschungsdesign zu entwerfen“ (Unger 2007: 368f).

Um aber die Interviews überhaupt führen zu können, musste eine Vertrauensbasis geschaffen werden. Dabei „erwies sich der von Talcott Parsons etablierte Kontakt zu dem Russen Nicholas Poppe als wertvoll. Poppe hatte seit 1942 für die Deutschen (unter anderem am Wannsee-Institut [das dem Reichssicherheitshauptamt unterstand, C.K.]) gearbeitet“ (Unger 2007: 387f)<sup>25</sup>. Wie schon im Dritten Reich boten antikommunistische Einstellung und sozialwissenschaftliches Expertenwissen die besten Voraussetzungen für die Schaffung von Forschungskapazitäten. „Die Abgesandten des Russian Research Center rekrutierten Mitarbeiter der US Army Intelligence School und etablierten Kontakte zur CIA. Finanziert wurde das Institut, das erheblich von Harvards Prestige profitierte, vom US State Department, da es für dessen geheimdienstliche und propagandistische Tätigkeiten nützlich war. Auf diese Weise verfügte das Interview-Projekt über hervorragende Forschungsbedingungen“ (Unger 2007: 388).

Die Kosten des Projekts zur Gewinnung von Erkenntnissen etwa über Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion, Reaktionen auf die frühere deutsche Besatzung und politische Einstellungen der Sowjetbürger übernahm die Geheimdienstabteilung der US Air Force für einen ganz konkreten Zweck: „All diese Informationen sollten hinsichtlich der strategischen Verwundbarkeit der UdSSR ausgewertet und verwendet werden, um eine amerikanische Bombardierungsstrategie für den Fall eines Atomkriegs zu konzipieren.“ (Unger 2007: 388) Neben zwei Büchern, 35 Artikeln und mehr als 50 unveröffentlichten Studien wurde auch der geheime Bericht „Strategische psychologische und soziologische Stärken und Verwundbarkeiten des sowjetischen Sozialsystems“ erstellt. Er empfahl unter anderem, die Unzufriedenheit der sowjetischen Bevölkerung zu steigern, um das politische System zu destabilisieren. Die beteiligten Sozialwissenschaftler waren zu Recht davon überzeugt, dass ihre Politikberatung eine auf wissenschaftlichen Grundsätzen beruhende Analyse darstellt: „Für die zwei Jahre später erfolgende Veröffentlichung des Berichts, das von (Raymond A.) Bauer, (Alex) Inkeles und (Clyde) Kluckhohn verfasste Buch *How the Soviet System Works* (...), wurde der Abschnitt zur psychologischen Kriegsführung gestrichen und die ursprüngliche Darstellung erweitert. In der Einleitung erwähnen die Autoren explizit, dass es sich bei der Veröffentlichung um eine überarbeitete Fassung einer Auftragsarbeit der Air Force handelte“ (Unger 2007: 389).

In ihrem Essay „Cold War Science: Wissenschaft, Politik und Ideologie im Kalten Krieg“ findet Corinna R. Unger für die symbiotische Beziehung zwischen Sozialwissenschaften und Politik in den USA eine prägnante Formulierung: „Den Aufschwung, den die amerikanischen Sozialwissenschaften in der Nachkriegszeit erlebten, verdankten sie in weitem Maße dem Kalten Krieg“ (Unger 2006: 59). Eine solche Rolle konnten Soziologen

---

25 Poppe war vor seiner Emigration Professor an der Universität Leningrad und Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften. Dem Reichssicherheitshauptamt unterstand auch die „Dienststelle Ronneberger“, die schon für den Reichsstatthalter in Wien und für das Auswärtige Amt sozialwissenschaftliche Expertisen über südosteuropäische Länder erstellt hatte, was im Kapitel über Franz Ronnebergers soziologische Arbeit für den SS-Auslandsnachrichtendienst in diesem Band ausführlich dargelegt wird, wie auch vergleichend die Aktivitäten von Talcott Parsons.



in der Nachkriegszeit Westdeutschlands nicht einnehmen. Max Horkheimer stellt in seinem „Survey of the Social Sciences in Western Germany“ aus dem Jahr 1952 fest, dass die Soziologie nach dem Kollaps des Dritten Reichs „went through a very difficult period. Here and there, there was a tendency to ‚keep it on ice‘, and as late as 1948 the representatives of the legal and economic faculties resisted setting up a Department of Social Science that was to be based on sociology alone“ (Horkheimer 1952: IX)<sup>26</sup>. Schon zwei Jahre zuvor hatte die Rockefeller Foundation festgestellt, „that the Social Sciences did not figure as prominently as the foundation had hoped“, mit der Folge, dass „the foundation did not leap to help social science with the same energy as before the war“ (Staley 1995: 254).

Allerdings finanzierte die Rockefeller Foundation die Arbeit des Soziographischen Instituts, das Ludwig Neundörfer Anfang 1943 an der Universität Frankfurt am Main gegründet hatte.<sup>27</sup> Wenngleich zwei Repräsentanten der Stiftung Neundörfer als reinen Empiriker betrachteten, wird bemerkt, dass die vom Soziographischen Institut produzierten Informationen „the latent intention of promoting democracy“ hatten (Staley 1995: 259). Und Frederic Lane, Europa-Repräsentant der Stiftung, konzidierte 1953, „there are not ... more than one or two institutes in Germany in which students are employed on social surveys under methods or leadership any better than Neundorfer’s“ (zit. n. Staley 1995: 259f). Und schon 1950 wurde das Schlüchtern-Projekt des Soziographischen Instituts, in dem Flüchtlingsforschung und die praktische Umsetzung der Erkenntnisse Hand in Hand gingen, von Philip E. Mosely, einem anderen Repräsentanten der Rockefeller Foundation, mit folgenden Worten beurteilt: „The project has the by-product of developing a community’s awareness of its own nature and potential, of promoting a new type (for Germany) of cooperation, and a stimulating self-help rather than reliance upon centralised bureaucratic decisions“ (zit. n. Staley 1995: 259) Daraus zieht Staley den Schluss: „Thus, the work at the Soziographisches Institut seemed to meet the foundation’s standards of social research“ (Staley 1995: 259).

Schon vor der deutschen Kapitulation finanzierte die amerikanische Militärregierung die Arbeit des Soziographischen Instituts, das sich bis dahin im Rahmen der von Heinrich Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bezahlten „Wiederaufbauplanung“ bereits seit längerer Zeit mit Flüchtlingsforschung und -integration befasst hatte. Mit dieser Ausrichtung wurde das Soziographische Institut zu einem Zentrum sozialwissenschaftlicher Politikberatung. Neundörfer und eine beachtliche Anzahl weiterer ehemaliger „Reichssoziologen“ wurden zu Begründern einer eigenständigen anwendungsorientierten Flüchtlingssoziologie, die sie etwa 15 Jahre lang auf lokaler, regionaler, westdeutscher und internationaler Ebene repräsentierten, wie im Kapitel über die westdeutsche Flüchtlingssoziologie ausführlich dargelegt wird. Hier lässt sich das eingangs beschriebene Prinzip der rekursiven Kopplung von Wissenschaft und Politik sehr gut beobachten.

Im Fall der Bevölkerungssoziologie generell muss hingegen schon für das Dritte Reich festgehalten werden, dass es nicht zu einer außeruniversitären Professionalisierung in dem

26 Allerdings listet er allein für den Zeitraum von Oktober 1950 bis September 1951 350 sozialwissenschaftliche Publikationen auf und benennt als Autoren etwa sechzig auch schon vor 1945 aktive Sozialwissenschaftler.

27 Vgl. das Kapitel „Das Soziographische Institut an der Universität Frankfurt am Main“ in Klingemann (1996a).

Maße kam, die zu einer akademischen Institutionalisierung hätte führen können, wie im Kapitel über das Verhältnis von soziologischer Bevölkerungswissenschaft, Raumforschung und Geopolitik gezeigt wird. Und die politische und akademische Ächtung der Bevölkerungswissenschaft nach 1945 wirkte sich dann auch auf die marginalisierte westdeutsche Bevölkerungssoziologie aus, so dass sich hier eine rekursive Kopplung nicht vollziehen konnte. Überdies waren bestimmte Konzepte, wie zum Beispiel die weltanschaulich kontaminierte „Bevölkerungslehre“ von Gunther Ipsen nicht anschlussfähig, wiewohl seine bevölkerungssoziologische Empirie die demographische Moderne objektiv analysierte, wie im Kapitel zur Frage möglicher Kontinuitätslinien der Bevölkerungssoziologie vom Dritten Reich zur Bundesrepublik dargelegt wird.<sup>28</sup> Allerdings konnten einzelne bevölkerungssoziologisch ausgewiesene Fachvertreter der NS-Zeit nach 1945 weiter publizieren und auch auf benachbarten Feldern erfolgreich sein, wie etwa Elisabeth Pfeil, die wohl wichtigste Begründerin der westdeutschen Stadtsoziologie (vgl. Schnitzler 2006; 2007).<sup>29</sup>

### *Gegnerforschung: USA und Drittes Reich im Vergleich*

In Westdeutschland kam es in der Nachkriegszeit nur in Ansätzen zu einer politikrelevanten Professionalisierung der angewandten Soziologie – ganz im Gegensatz zur amerikanischen, die als „Gegnerforschung“ reüssierte: „Angesichts des politischen Potentials der Sozialwissenschaften für die Gegenerforschung überrascht es nicht, dass auch die US-Regierung ein ausgeprägtes Interesse an den empirisch arbeitenden Disziplinen besaß. Schon bald galten die Ergebnisse soziologischer und psychologischer Massenuntersuchungen als unverzichtbar für den politischen Entscheidungsprozess“ (Unger 2006: 60). Die amerikanische Gegnerforschung war, da demokratisch legitimiert und professionell betrieben, auch nicht mit einem Odium belastet wie jene des Dritten Reichs, die im Amt VII („Weltanschauliche Forschung und Auswertung“) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) angesiedelt war. Sie wurde bis 1942 von SS-Oberführer Prof. Dr. Franz Alfred Six geleitet, der 1934 von Arnold Bergstraesser, dem stellvertretenden Direktor des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg promoviert worden war und später Gründungsdekan der Auslandswissenschaftlichen Fakultät an der Berliner Universität wurde

---

28 Ernst Wilhelm Eschmann, der vor 1945 an der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Berliner Universität tätig war und – wie im Kapitel über die Westforschung in diesem Band dargelegt – engen Kontakt zum Sicherheitsdienst der SS hielt, empfahl 1958 dem Eugen Diederichs-Verlag die Neuveröffentlichung der „Bevölkerungslehre“ von Ipsen (1933f), allerdings erst nachdem einige von der „damaligen Zeitmode“ geprägte Vokabeln ersetzt worden seien (Plöger 2007: 373). Dazu ist es aus bislang unbekanntem Gründen nicht gekommen.

29 Im Rahmen und Umfeld des nach sechs Jahren Laufzeit Ende 2007 planmäßig abgeschlossenen Schwerpunktprogramms 1106 der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Das Konstrukt ‚Bevölkerung‘ vor, im und nach dem ‚Dritten Reich‘“ sind mehrere Publikationen bereits erschienen und werden noch erscheinen, in denen auch Fragen nach den Entstehungs- und Wirkungsbedingungen von Bevölkerungssoziologie in Auseinandersetzung mit anderen Bevölkerungswissenschaften behandelt werden; vgl. Ehmer/Ferdinand/Reulecke (Hrsg.) 2007; Gutberger 2006; Henßler/Schmid 2007; Mackensen (Hrsg.) 2004; (Hrsg.) 2006; Mackensen/Reulecke (Hrsg.) 2005.

(vgl. Hachmeister 1998).<sup>30</sup> Das Amt VII des RSHA betrieb hauptsächlich Juden- und Freimaurerforschung, während die anfänglich von Himmler favorisierte Hexenforschung an Bedeutung verlor (vgl. Rudolph 1999; Matthäus 1999; Behringer 1999).

Einen Versuch, die „Gegnerforschung“ systematisch zu entwickeln, unternahm schließlich SS-Sturmbannführer Dr. Rudolf Levin, der 1935 vom Religionssoziologen Joachim Wach, der als „Nicht-Arier“ noch im selben Jahr emigrieren musste, und vom Philosophie- und Pädagogikprofessor Theodor Litt mit der Arbeit „Der Geschichtsbegriff des Positivismus unter der besonderen Berücksichtigung John Stuart Mills und der rechtsphilosophischen Anschauungen John Austins“ (Levin 1935) an der Universität Leipzig promoviert worden war. Seit diesem Jahr war er an einem „wissenschaftlichen Forschungsamt des Reichsführers-SS tätig“, betonte aber noch Anfang der vierziger Jahre, bemüht gewesen zu sein, „stets die Verbindung zur Philosophie und Soziologie zu halten.“ Er nennt neben Wach und Litt als Referenz die Leipziger Soziologen Hans Freyer, Gunther Ipsen und Arnold Gehlen.<sup>31</sup> Levin gehörte zu jener Gruppe im Amt VII, die eines der Lieblingsprojekte Himmlers betrieben, die Hexenforschung, bis auch er auf andere ‚Gegner‘ angesetzt wurde und deren Beforschung konzeptionell bestimmen wollte. Er unterscheidet in seinem Vortrag auf der Oktobertagung des Amtes VII im Jahr 1943 unter dem Titel „Geisteswissenschaftliche Methodik der Gegenerforschung“ die „drei Grundtypen des Gegners: den rassischen, völkischen und politisch-weltanschaulichen Typus. Zum politisch-weltanschaulichen Grundtypus zählen wiederum drei Untergruppen. „1. Die christlich-konfessionelle Internationale (Kirchen und Sekten), 2. Die liberal-demokratische Internationale (Freimaurerei), 3. Die sozialistisch-kommunistische Internationale (Marxismus und Bolschewismus)“ (Levin 1943: 15).<sup>32</sup>

Bei der Behandlung der Kirchen und Sekten mahnt Levin einleitend: „Nicht vergessen werden dürfen die großen religionssoziologischen Untersuchungen von Max Weber und Ernst Troeltsch, die viele neue Einsichten eröffnen“ (Levin 1943: 16). Dann beschreibt er die methodische Vorgehensweise: „Geisteswissenschaftlich vorgehen heißt, historisch, aber auch soziologisch und psychologisch vorgehen. Wir untersuchen die Dogmen, aber nicht systematisch auf ihren Wahrheitsgehalt, sondern historisch auf ihren Werdegang und soziologisch und psychologisch in ihren Auswirkungen auf Volk und Rasse. Wir erforschen die Kirchen historisch und soziologisch in ihren Auswirkungen auf die Volksgemeinschaft und

30 Über das spezielle Interesse des CIC an Six, vgl. Hachmeister (1998: 271ff).

31 Alle Angaben aus „Lebenslauf“ (undatiert, nach September 1942) und „Wissenschaftlicher Werdegang“ (undatiert); Rektorat, Nr. 163, Bl. 224, 225, 226; Archiv der Humboldt-Universität Berlin.

32 Neben dem Vortrag von Levin wurde in der Broschüre „Grundprobleme der Gegnerforschung“ von den Vorträgen der Oktobertagung noch als zweiter der von SS-Hauptsturmführer Dr. Günther Stein „Das Problem der Überfremdung“ abgedruckt. Der Titel der Broschüre lautet vollständig: „Grundprobleme der Gegnerforschung. Vorträge gehalten auf der Oktobertagung des RSiHA., Amt VII“. Auf dem Einband ist vermerkt: „Geheim! Nur für den Dienstgebrauch.“ Auf dessen Rückseite heißt es: „Jeder Empfänger dieser Schrift ist dafür verantwortlich, dass sie nicht in unbefugte Hände fällt. Aufnahme in öffentliche Bibliotheken und Bibliographien jeder Art verboten.“ Sie ist dennoch in München im Institut für Zeitgeschichte und in der Bayerischen Staatsbibliothek sowie in Berlin im Geheimen Staatsarchiv und in der Bibliothek der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ vorhanden. Ein Exemplar konnte ich vor einigen Jahren antiquarisch erwerben. Die Angaben auf dessen Einband und seiner Rückseite sind nicht vollständig identisch mit jenen des Exemplars des Instituts für Zeitgeschichte München, bei dem einige sogar ganz fehlen.

das Reich, aber nicht in ihrer eigenen Entwicklung“ (Levin 1943: 18). Nun handelt es sich hier sicherlich um eine eigenwillige Bestimmung geisteswissenschaftlicher Methodik. Will man allerdings die Einflüsse von Religion und Kirche auf die Einstellungen und das Verhalten einer ‚Gegnerpopulation‘ ermitteln, sind Soziologie und Psychologie bestimmt hilfreich. Nur hatte Levin im Gegensatz zu der erwähnten amerikanischen Gegnerforschung keine Vorstellung davon, wie diese empirisch anzugehen wäre. Es blieb bei seinen hilflosen ‚geisteswissenschaftlichen‘ Übungen.<sup>33</sup>

Hingegen fand das empirisch fundierte sozialwissenschaftliche Expertenwissen während des Dritten Reichs nachrichtendienstliche Aufmerksamkeit, wie exemplarisch im Fall Ernst Wilhelm Eschmanns (Westforschung), der Soziologen im militärischen Geheimdienst, „Abwehr II“, (Ostforschung) und der Dienststelle Ronneberger im RSHA (Südostforschung) gezeigt wird. Diese Form der rekursiven Kopplung hat nur noch für eine Übergangphase bestanden, als die hier behandelten Ost- und Südosteuropa-Experten für die britischen und amerikanischen Geheimdienste tätig waren. Danach haben sie sich auf ihre Rolle als Wissenschaftler beschränkt. Die Versuchung war jedoch groß, es nochmals zu versuchen. Der 1937 von Hans Freyer an der Universität Leipzig promovierte Soziologe Walter Hildebrandt, während des Dritten Reichs Assistent der Soziologen Karl Heinz Pfeffer in Leipzig und Karl Seiler in Erlangen, hatte sich als Ost- und Südosteuropa-Experte qualifiziert und war ebenfalls bei der „Abwehr II“. Bevor er Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule in Bielefeld wurde, war er unter anderem für Theodor Blank, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der alliierten Besatzungstruppen („Dienststelle Blank“), tätig und legte ein Exposé über „die ‚politische Dimension‘ der neuen Wehrordnung und der modernen Kriegsführung“ vor. Dies teilte er Gunther Ipsen 1954 in einem Schreiben mit und regte an: „Aber ich weiß nicht, ob man nicht auch die Abwehr, Gehlen<sup>34</sup> insbesondere, für meine Ausarbeitung interessieren sollte.“ Im Folgenden spricht er das Prinzip rekursiver Kopplung von sozial- und nachrichtendienstlichem Wissen direkt an: „Sie soll ja zwar nichts Neues bringen, sondern nur eine vernünftige Koordinierung der Perspektiven, auch interessiert mich weniger die ‚Ausspähung‘, als vielmehr die Strukturanalyse fremder Zustände, aber vielleicht ist das für einen guten Nachrichtendienst auch dringend notwendig.“<sup>35</sup> Diese Selbsteinschätzung der Nützlichkeit soziologischen Expertenwissens für den Geheimdienst sollte man nicht als Wunschdenken abtun. Bereits 1948 hatte Max Hildebert Boehm, vermittelt durch den vom CIC sehr geschätzten Ostexperten und Judenforscher Peter-Heinz Seraphim, Boehms Vetter, die Denkschrift „Bolschewismus

---

33 Auch sein Habilitationsvorhaben an der Universität München scheiterte trotz des Einsatzes von SS-Beziehungen an den ablehnenden Voten der beiden Gutachter, und seine allein 561 Textseiten (zuzüglich Anmerkungen) umfassende Habilitationsschrift „Das magische Problem bei den Gerichtsprozessen des 16. und 17. Jahrhunderts und seine Auswirkungen auf das Volksleben“ wurde ihm zurückgesandt (vgl. Behringer 1999: 134). Levin soll im Februar 1945 gefallen sein (vgl. Matthäus 1999: 107).

34 Gemeint ist Generalmajor Reinhard Gehlen, ab 1942 Chef des militärischen Geheimdienstes „Abteilung Fremde Heere Ost“ im Generalstab des Heeres, der 1945 selbst als Russland-Experte für den amerikanischen Geheimdienst gearbeitet hat und 1946 Chef der „Organisation Gehlen“ wurde, die ab 1956 Bundesnachrichtendienst heißt.

35 Dr. Walter Hildebrandt an Herrn Prof. Dr. Gunther Ipsen, 9.8.1954; Archiv der Sozialforschungsstelle Dortmund, Nachlass Ipsen, Nr. 21; vgl. zu seinem praxisbezogenen Ansatz den Artikel über Walter Hildebrandt im Internationalen Soziologenlexikon (Bernsdorf/Knospe 1984: 357f).

und Nationalitätenpolitik in den östlichen Randzonen Mitteleuropas“ für die „Organisation Gehlen“ erstellt (Petersen 2007: 242).

### *Akademische Institutionalisierung unter den Vorzeichen politischer Abstinenz*

Aber auch wenn ehemalige „Reichssoziologen“ nach 1945 nur in Ausnahmefällen mit nachrichtendienstlichen Analysen beauftragt worden sein sollten, blieben sie nicht ohne Einfluss. So wurde Franz Ronneberger 1964 an der Universität Erlangen-Nürnberg in außergewöhnlicher Kombination Professor für Politik- und Kommunikationswissenschaft und einer der führenden Experten für Südosteuropa, Migrationsfragen und Public Relations. Die Entkoppelung von Soziologie und Politik auf dem Gebiet der nachrichtendienstlichen Arbeit sozialwissenschaftlicher Experten führte auch im Fall des ehemaligen Jenaer Soziologie-Assistenten Reinhard Höhn nicht zu seiner gesellschaftspolitischen Ausschaltung. Zu Beginn der NS-Zeit hatte er 1934 das Jenaer Soziologentreffen und 1944 jenes im Gästehaus des Sicherheitsdienstes der SS am Großen Wannsee organisiert und begründete die „Lebensgebiet-Berichterstattung“ des SD, die soziokulturelle Daten für eine nachrichtendienstliche Bewertung der jeweils aktuellen politischen Lage bot. An deren Analyse blieb er auch als Leiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Harzburg interessiert, die zum Beispiel das in den fünfziger Jahren auch politisch virulente Thema der Automation im industriellen Großbetrieb aufgriff.<sup>36</sup> Er engagierte Gunther Ipsen, der an der Sozialforschungsstelle Dortmund die Automationsforschung leitete, und als Nachwuchssoziologen Karl Martin Bolte, Assistent des ehemaligen Straßburger und nun Kieler Soziologen und Bevölkerungswissenschaftlers Gerhard Mackenroth, für Veranstaltungen seiner gesellschaftspolitisch einflussreichen Akademie.<sup>37</sup> Industriesoziologische Fragen waren laut Lepsius das Hauptarbeitsgebiet der jungen Soziologengeneration überhaupt, denn der Fachausschuss für Industriesoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie „umfasste fast alle ‚Nachwuchssoziologen‘ der Zeit: (Heinrich) Popitz und (Hans Paul) Bahrdt, (Ludwig) von Friedeburg und (Manfred) Teschner, (Ralf) Dahrendorf und (Werner) Mangold, (Theo) Pirker und (Burkhard) Lutz, andere traten gelegentlich hinzu, so Helge Pross, Friedrich Fürstenberg und Heinz Kluth“ (Lepsius 2008b: 93).

So scheint, abgesehen von der hier beschriebenen anwendungsorientierten oder direkt in Auftrag gegebenen Flüchtlingsforschung, die Soziologie dieser Jahre eine Veranstaltung gewesen zu sein, die sich primär um ihre akademische Etablierung kümmerte.<sup>38</sup> Auf die Frage von Martina Löw nach der Situation der Soziologie in den fünfziger und sechziger

36 Auch M. Rainer Lepsius war mit dieser Thematik in einem institutionellen Rahmen befasst: „Meine unmittelbare Beschäftigung mit der Industriesoziologie wurde in den Jahren 1957 bis 1959 nochmals intensiviert durch die Mitarbeit an einem Projekt der List-Gesellschaft über Probleme der damals viel diskutierten Automation (...)“ (Lepsius 2008b: 94).

37 Vgl. das Kapitel „Wissenschaftliches Engagement vor und nach 1945“ in diesem Band.

38 Im Nachtprogramm verschiedener Hörfunksender allerdings waren insbesondere Theodor W. Adorno, Arnold Gehlen, Max Horkheimer, René König, Helmuth Plessner und Helmut Schelsky gern gesehene Gesprächs- und Diskussionspartner (vgl. Boll 2004).

Jahren, „als die Nachfrage der Gesellschaft nach soziologischem Wissen anstieg?“, antwortet Lepsius lapidar: „Die Lehrstühle nahmen zu, die Studenten waren interessiert“ (Lepsius 2008a: 13). Lepsius ist also nicht bereit, eine weitergehende, das heißt, außeruniversitäre Professionalisierung der Soziologie zu behaupten. Diese Aussage kann aus retrospektiver Sicht nur als zutreffend empfunden werden. Damit wird aber auch die wissenschaftspolitische Programmatik zu Beginn der sechziger Jahre zum Ausdruck gebracht, wie Lepsius sie selbst mit autoritativer Billigung von namhaften Vertretern der beiden Disziplinen in seiner „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“ 1961 formuliert hat. Es ging um den „Anspruch auf die Institutionalisierung der wissenschaftlichen Selbstreflexion der Gesellschaftsordnung“ (Lepsius 1961: 19). Die einzige gesellschaftspolitische Aufgabe, die der Soziologie (und der Politischen Wissenschaft) zukommt, ist ihre „spezifische *Bildungsfunktion*“. Und reziprok sichert die Gesellschaft durch ihr Bedürfnis nach einem wissenschaftlich fundierten „Bildungswert“ die Existenzberechtigung der Soziologie: „Die Institutionalisierung von Soziologie und Politischer Wissenschaft ist daher mit der Suche nach einem neuen Bildungsideal verbunden“ (Lepsius 1961: 2, 22).

In diesen Jahren gab es andererseits eine spezielle gesellschaftliche Nachfrage nach soziologischem Wissen, das auch politische Elemente enthielt, deren Befriedigung dadurch geleistet wurde, dass der Brockhaus-Verlag für den zweibändigen Kleinen Brockhaus der Jahre 1949/50 und den zwölfbändigen Großen Brockhaus der fünfziger Jahre Hans Freyer, Arnold Gehlen, Gunther Ipsen, Wilhelm Emil Mühlmann und Elisabeth Pfeil engagierte, die mehrere Tausend Artikel selbst verfassten oder von befreundeten Kollegen und im Fall Ipsens von Mitarbeitern (Wolfgang Köllmann, Rainer Mackensen) konzipieren, redigieren oder unter Oberaufsicht schreiben ließen.<sup>39</sup> Einige der genannten und etliche weitere Fachvertreter, die bereits vor 1945 als Soziologen tätig waren, haben auch für andere Lexika und wissenschaftliche Nachschlagewerke zahlreiche Beiträge geliefert. Darin ist vielleicht eine viel wirksamere „Soziologisierung der gesellschaftlichen Selbstreflexion“ zu sehen, als durch die Präsenz auf dem „Gebiet der Meinungsforschung“, auf dem die Soziologie „ihre feste gesellschaftliche Funktion“ bis 1967/68 – laut Lepsius – erlangt haben soll (Lepsius 1979: 54).

Im Hinblick auf das in diesem Band thematisierte Verhältnis von Soziologie und Politik in der Nachkriegszeit stimme ich Lepsius jedoch zu: „Die Soziologie hat einen geringen Anteil an dem Entscheidungswissen des politischen Prozesses bereitgestellt und ist insgesamt weit hinter der politischen Bedeutsamkeit von Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und den Naturwissenschaften“ (Lepsius 1979: 54). Vielleicht hat das Wissen um das frühere wissenschaftlich-politische Engagement der ehemaligen „Reichssoziologen“, die in den nun üblichen Gremien der Politikberatung durchaus präsent waren, diese Distanzwahrung der jüngeren Soziologen zur Politik mit verursacht. Vielleicht ist dies auch einer der Hintergründe dafür, dass 1968 „für die DGS einen Einschnitt“ bedeutete. „Auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, die an vielen Orten gerade die Soziologie und die Soziolo-

---

39 Vgl. das Kapitel „Semantische Umbauten im Kleinen Brockhaus von 1949/50 und im Großen Brockhaus der fünfziger Jahre durch die Soziologen Hans Freyer, Gunther Ipsen und Wilhelm Emil Mühlmann“ in diesem Band.